

POLEN UND DIE TSCHECHOSLOWAKEI

Ihr Verhältnis im Spannungsfeld der internationalen Politik 1932 bis 1934

Von Jörg K. Hoensch

Im Dezember 1931, als der polnische Außenminister August Zaleski gerade in Genf weilte, rief der ausschlaggebende Politiker Polens jener Jahre, Marshall Józef Piłsudski, seinen Adlatus und Vertrauensmann in auswärtigen Angelegenheiten, den Obersten Józef Beck, zum Immediatvortrag über die drängendsten Fragen polnischen außenpolitischen Handelns zu sich¹. Zu den vier Problempunkten, die einer Lösung bedürftig schienen, gehörte nach Becks Auffassung auch die Forcierung der historisch und ethnographisch fundierten Ansprüche Polens auf das Teschener Gebiet jenseits der Olsa, die seit Jahren das Verhältnis zum Nachbarn CSR ernsthaft belasteten. Piłsudski beschied seinen Staatssekretär, den Teschen-Komplex vorerst ruhen zu lassen, denn er vertrat einmal mehr seine Ansicht, daß sich die Tschechoslowakische Republik wegen ihrer schwächlichen Nationalitätenpolitik, dem wachsenden deutschen Druck auf den Anschluß Österreichs, den zunehmend internationaler Unterstützung zuteil werdenden Forderungen Ungarns nach Revision des Friedens von Trianon und dem Autonomiebegehren der Slowaken nicht werde gewachsen zeigen und daher die karpatorussische und slowakische Osthälfte der Republik langfristig nicht behaupten könne. Es schien auszureichen, die politischen und subversiven Aktionen der polnischen Minderheit besser zu organisieren und finanziell stärker zu unterstützen sowie die Kontakte zur autonomistischen Slowakischen Volkspartei Hlinkas zu intensivieren².

Zwei Punkte, nämlich „Danzig“³ und die „Minderheitenfrage“⁴, standen in

¹ Die — in ihrer wissenschaftlichen Qualität und ihrem heuristischen Erkenntniswert stark divergierenden — Darstellungen zur Geschichte der polnisch-tschechoslowakischen Beziehungen hat minutiös verzeichnet Nowak, Czesław M.: *Czechoslovak-Polish Relations 1918—1939. A Selected and Annotated Bibliography*. Stanford 1976. Siehe auch Hoensch, Jörg K.: Polen und die Tschechoslowakei — oder das Scheitern der slawischen Solidarität. In: Bosl, Karl (Hrsg.): *Gleichgewicht — Revision — Restauration. Die Außenpolitik der Ersten Tschechoslowakischen Republik im Europasystem der Pariser Vorortverträge*. München-Wien 1976, 277—279, „Bibliographische Vorbemerkung“.

² Beck, Joseph: *Dernier rapport. Politique polonaise 1926—1939*. Neuchâtel 1951, 8—10.

³ Kimmich, Ch.: *The Free City. Danzig and German Foreign Policy 1919—1934*. New Haven-London 1968; Denne, Ludwig: *Das Danzig-Problem in der deutschen Außenpolitik 1934—1939*. Bonn 1959; Dopierała, B.: *Gdańska polityka Józefa Becka* [Die Danzig-Politik Józef Becks]. Posen 1967; Leonhardt, H. L.: *Nazi Conquest of Danzig*. Chicago 1942.

unmittelbarem Bezug zum deutschen Nachbarn; der letzte Komplex, der seit der polnischen Besetzung des Wilna-Gebiets im Oktober 1920 schwelende Konflikt mit Litauen, stellte zugleich eine wichtige Komponente in den Beziehungen Polens zur UdSSR dar⁵. Da die Ereignisse im Fernen Osten die politische und militärische Blickrichtung der Sowjetunion mindestens partiell von Polen ablenkten, aber auch die inneren Machtkämpfe um die Alleinherrschaft Stalins, das Anlaufen des I. Fünfjahrplans und die Zwangskollektivierung die Bolschewiki außenpolitisch zu größerer Rücksichtnahme zwangen, hielt Pilsudski den Zeitpunkt für gekommen, Polen allmählich aus der Vormundschaft Frankreichs und des Völkerbundes zu lösen und dadurch eine größere Selbständigkeit in der Außenpolitik einzuleiten. Die besorgniserregende Entwicklung im Deutschen Reich, die zunehmende Radikalisierung des innenpolitischen Kampfes und der am 11. Oktober 1931 erfolgte Zusammenschluß der politischen Rechten in der „Harzburger Front“ zum Sturz der Regierung Brüning, stellte für Pilsudski und Beck nur insoweit ein Thema dar, als die Zeit günstig schien, die Rechte Polens in Danzig einseitig zu erweitern und durch ein intoleranteres Vorgehen den Minderheiten gegenüber diesen seit den Novemberwahlen von 1930 parlamentarisch bereits weitgehend ausgeschalteten „Unruhefaktor“ nach Möglichkeit völlig zu paralysieren. In verhängnisvoller Verkennung der wahren Ziele Hitlers begrüßte Pilsudski die Schwächung der demokratischen Kräfte in Deutschland⁶, deren Beharren auf einer raschen Revision des Vertrags von Versailles, auf der angemessenen Beachtung der Rechte der deutschen Volksgruppe und auf einer Lösung in der „Korridor“-Frage für Polen viel gefährlicher zu sein schien als die von Hitler proklamierte und nur in jahrelangem Bemühen zu erreichende ideologische und organisatorische Gleichschaltung des deutschen Volkes

⁴ Die beste Gesamtdarstellung der Minderheitenproblematik in einer westlichen Sprache legte vor Horak, Stephan: *Poland and Her National Minorities 1919—1939*. New York 1961. Die Stellung der deutschen Minderheit untersuchten Heike, Otto: *Das Deutschtum in Polen 1918—1939*. Bonn 1955; Bierschenk, Theodor: *Die deutsche Volksgruppe in Polen 1934—1939*. Kitzingen 1954; Breyer, Richard: *Das Deutsche Reich und Polen 1932—1937. Außenpolitik und Volksgruppenfragen*. Würzburg 1955; Cygański, M.: *Mniejszość niemiecka w Polsce centralnej w latach 1918—1939* [Die deutsche Minderheit in Zentralpolen in den Jahren 1918—1939]. Łódź 1962; Kuhn, Walter: *Das Deutschtum in Polen und sein Schicksal in Kriegs- und Nachkriegszeit*. In: Markert, Werner (Hrsg.): *Osteuropa-Handbuch Polen*. Köln-Graz 1959, 138—164.

⁵ Korb, Josef: *Poland Between East and West. Soviet and German Diplomacy Towards Poland, 1919—1933*. Princeton 1963.

⁶ Dieser Gesichtspunkt wird aufgegriffen in den Gesamtdarstellungen der deutsch-polnischen Beziehungen, u. a. bei Kellermann, Volker: *Schwarzer Adler, weißer Adler. Die Polenpolitik der Weimarer Republik*. Köln 1970; Riekhoff, Harald von: *German-Polish Relations 1918—1933*. Baltimore-London 1971; Oertel, M.: *Beiträge zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen 1925—1930*. Phil. Diss. Berlin 1968; Krasuski, Jerzy: *Stosunki polsko-niemieckie 1926—1932* [Polnisch-deutsche Beziehungen 1926—1932]. Posen 1964. Eine knappe Zusammenfassung der polnischen Außenpolitik in der Zwischenkriegszeit verfaßte Dębicki, Roman: *The Foreign Policy of Poland*. New York 1962; s. a. Cienciala, Anna: *Polish Foreign Policy, 1926—1939. „Equilibrium“: Stereotype and Reality*. *Polish Review* 20 (1975) 42—57.

und die militärische Aufrüstung. Vor allem Hitlers kämpferischer Antikommunismus hatte es Pilsudski angetan ⁷.

Pilsudskis offenkundige Tschedophobie wurde von den meisten Polen geteilt. Ihre Wurzeln lassen sich in das 19. Jahrhundert zurückverfolgen, als im dreigeteilten Polen die Hoffnung gehegt wurde, durch einen Aufstand gegen das als Hauptfeind eingestufte russische Zarentum die staatliche Unabhängigkeit wiedererlangen zu können — während weite Kreise der tschechischen und der slowakischen Bevölkerung gerade vor diesem großen slawischen Bruder, der mit dem Programm des Panslawismus an die Solidarität aller slawischen Völker appellierte, ihre nationale Befreiung und Eigenstaatlichkeit erwarteten. Selbst im Ersten Weltkrieg, der beide Nationen ihrem politischen Ziel, der Erringung der vollen staatlichen Souveränität, zuführte, erwarteten die Tschechen von russischen Militärerfolgen ihre Befreiung; für viele Polen hingegen blieb das Zarenreich, das nach 1863 eine schroffe Russifizierungspolitik mit strikter Unterdrückung aller nationalpolnischen Aspirationen verfolgt hatte, der Hauptfeind. Die im Mai 1918 in Prag durch die tschechischen und polnischen Abgeordneten des österreichischen Reichsrats beschworene „ewige Freundschaft“ der beiden Nationen oder die von Masaryk geteilte Auffassung des nationaldemokratischen Politikers Roman Dmowski, daß nur die engste Zusammenarbeit, ja eine politische Föderation den Bestand der jungen Staaten gewährleisten könne, hatten über das Kriegsende hinaus keinen Bestand ⁸.

Dafür war nicht zuletzt auch die unterschiedliche Interpretation der Entwicklung in Rußland ausschlaggebend. Die polnischen Politiker aller Couleur gingen nach der Oktoberrevolution von 1917 von einem möglichst langfristigen Ausscheiden Rußlands als Dominanzmacht in Osteuropa aus, während die tschechischen Vertreter in der kommunistischen Machtübernahme nur ein kurzfristiges Debakel sahen und durch intensive alliierte Unterstützung der demokratischen Kräfte sowie nach einer die Prinzipien des Selbstbestimmungsrechts berücksichtigenden Reorganisation des Russischen Reiches seine Rückkehr zu einer parlamentarischen Ordnung und die Teilhabe an der Verantwortung für die konstruktive Entwicklung Nachkriegseuropas erhofften. Die besonders von Józef. Pilsudski unter Berufung auf das historische Staatsrecht verfochtene Wiederherstellung Polens in seinen Grenzen von 1772 stieß auf den einhelligen Widerspruch der Führer der tschechischen Auslands-

⁷ Wojciechowski, Marian: Die polnisch-deutschen Beziehungen 1933—1938. Leiden 1971, 5 ff.; Roos, Hans: Polen und Europa. Studien zur polnischen Außenpolitik 1931—1939. Tübingen ²1965, 59—61.

⁸ Zum Hintergrund Rose, William J.: Czechs and Poles as Neighbours. Journal of Central European Affairs 11 (1951) 153—171. — Dmowski, Roman: Polityka polska i odbudowanie państwa [Die polnische Politik und der Aufbau des Staates]. Warschau 1926, 215 ff.; Faryś, Janusz: Koncepcje polskiej polityki zagranicznej 1918—1939 [Konzeptionen der polnischen Außenpolitik 1918—1939]. Warschau 1981, 72 ff.; Kasprzak, Stanisław: Stosunek Czech do Polski 1914—1921 [Tschechisch-polnische Beziehungen 1914—1921]. Warschau 1936, 19. — Masaryk stellte fest, daß „wir, Tschecho-Slowaken und Polen, gezwungen sind, eine Verteidigungsallianz zu bilden, nicht nur wegen der geographischen Lage, sondern auch durch den Befehl der Geschichte ... Die politische Arithmetik hat diese zwei westslawischen Nationen dazu gebracht, eine Allianz auf Leben und Tod einzugehen“. Masarykovy projevy a řeči za války [Masaryks Äußerungen und Reden während des Krieges]. Bd. 1. Prag 1919, 56.

aktion. Masaryk und Beneš wurden nicht müde, die diesem „polnischen Imperialismus“ innewohnende Gefahr anzuprangern und nicht nur den Verzicht auf die eindeutig von Weißrussen und Ukrainern bewohnten Gebiete zu fordern, sondern auch die Aufgabe von Ostgalizien mit Lemberg zu propagieren⁹. Da die tschechische Seite aber unbeschwert für ihr künftiges Staatsgebiet die historischen Grenzen in Anspruch nahm, dieses Prinzip zudem aus strategischen und wirtschaftlichen Überlegungen heraus zu ihren Gunsten zu durchbrechen bereit war, bahnte sich unbeschadet der aus dem alliierten Lager kommenden Beschwörungen, angesichts der auch nach der Kriegsniederlage nicht gebannten „deutschen Gefahr“ die engste Interessengemeinschaft zu wahren, bereits bei der Wiedererrichtung der Eigenstaatlichkeit ein neuer Konflikt an, der das so mühsam zustandegekommene Einvernehmen rasch beseitigte und die zwischenstaatlichen Beziehungen in der Folgezeit stark beeinträchtigte. Erschwerend kam eine Reihe konkreter bilateraler Streitpunkte hinzu.

Der folgenreichste Zankapfel war die Zugehörigkeit des ehemaligen Herzogtums Teschen, das auf dem Höhepunkt des polnisch-sowjetischen Krieges am 28. Juli 1920 von der Pariser Botschafterkonferenz dem Fließchen Olsa entlang derart geteilt wurde, daß der durch seine Berg- und Hüttenwerke wirtschaftlich bedeutendere Westteil und die Kaschau-Oderberger-Bahn an die ČSR fielen¹⁰. Erst durch eine weitere Entscheidung der Botschafterkonferenz über den Verlauf der gemeinsamen Staatsgrenze entlang des Karpatenkamms wurden am 16. September 1924 die leidigen, quantitativ in keinem Verhältnis zu den geweckten Emotionen und politischen Vorbehalten stehenden territorialen Querelen zwischen den beiden Staaten endgültig bereinigt¹¹. Die Entscheidung der Prager Regierung vom 7. August 1920, trotz der desolaten militärischen Lage Polens im Krieg mit der jungen Sowjetmacht den Transport der von Frankreich und Ungarn bereitgestellten Waffen über tschechoslowakisches Territorium nach Polen nicht zu gestatten, wurde nach dem überraschenden Militärerfolg von der polnischen Bevölkerung als „tschechische Perfidie“ und als ein Im-Stich-Lassen im Ringen mit der bolschewistischen Weltgefahr nicht vergessen. Die Forderung, Revanche für den „Coup von Spa“ zu nehmen und eine gemeinsame Grenze mit Ungarn anzustreben, fand populäre Unterstützung und Eingang auch in die außenpolitischen Überlegungen der polnischen Regierungen.

⁹ D m o w s k i : Polityka 216—218. — B e n e š, Edvard: My War Memoirs. New York 1928, 312.

¹⁰ Die Bibliographie zum Teschen-Konflikt ist einschüchternd umfangreich, auch wenn ein Großteil des Materials einen zeitgebundenen, rein propagandistischen Charakter besitzt. Die bis 1937 erschienenen Titel führt fast vollzählig auf S w o r a k o w s k i, Witold: Polacy na Śląsk za Olsą [Die Polen in Schlesien jenseits der Olsa]. Warschau 1937. — Die gegenwärtig brauchbarste Interpretation verfaßte V a l e n t a, Jaroslav: Česko-polské vztahy v letech 1918—1920 a Těšínské Slezsko [Die tschechisch-polnischen Beziehungen und das Teschener Schlesien]. Ostrau 1961. Eine ausgewogene Einführung in die Problematik bieten W a n d y c z, Piotr S.: France and Her Eastern Allies, 1919—1925. French-Czechoslovak-Polish Relations from the Paris Peace Conference to Locarno. Minneapolis 1962 und P e r m a n, Dagmar: The Shaping of the Czechoslovak State. Diplomatic History of the Boundaries of Czechoslovakia, 1914—1920. Leiden 1962.

¹¹ Dazu W a n d y c z : France and Her Eastern Allies 265—269 und 276—291.

Die weitgehende Förderung, die ukrainische Emigranten, Gegner des mit militärischen Mitteln erzwungenen Anschlusses von Ost-Galizien an den polnischen Staat, in Prag fanden, und die Furcht, Karpatorußland könne mit tschechischer Hilfe zu einem „Piemont“ einer die territoriale Integration Polens gefährdenden ukrainischen Irredenta aufsteigen¹², ließen Warschau eine Unterstützung des ungarischen Ringens um eine Revision des Vertrages von Trianon angebracht erscheinen. Andererseits hegte die tschechoslowakische Regierung den nicht unbegründeten Verdacht, Polen wolle die Separation der Slowakei vorantreiben, um sie danach in ein Suzeränitätsverhältnis zu nehmen und politisch-strategisch im Nordkarpatenbogen Fuß zu fassen¹³.

Beide Nachbarn verdächtigten sich anfangs sogar der geheimen Zusammenarbeit mit der Weimarer Republik, um auf Kosten des anderen die eigene Position zu stabilisieren. Die meisten dieser Streitpunkte waren auch 1932 noch nicht zufriedenstellend beigelegt worden.

Gewisse gleichgelagerte Voraussetzungen hätten eigentlich eine engere Zusammenarbeit der beiden westslawischen Nachbarn nahegelegt. Ihre geopolitische Lage wies verwandte Probleme auf: Die langgestreckte ČSR war trotz des böhmischen Kessels als natürlichen Verteidigungswalls durch ihre ungeschützte Südflanke aber ein ebenso leicht verwundbares Staatsgebilde wie Polen mit seinen offenen Grenzen im Westen und Osten. Die Sprengkraft der ungelösten Minderheitenfrage wurde in beiden Ländern nicht rechtzeitig erkannt, obschon in beiden Staaten mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung nicht der Staatsnation angehörte und von den Konnationalen nur durch eine — als willkürlich und ungerecht empfundene — Grenzlinie getrennt war. Die wirtschaftlichen und demographischen Voraussetzungen dagegen differierten bedeutsam: Trotz der Zurückgebliebenheit der östlichen Staatshälfte entsprach die ČSR in ihrem Sozial- und Wirtschaftsgefüge durchaus dem mitteleuropäischen Entwicklungsstand¹⁴, während Polen, bedingt durch die in der

¹² Lewandowski, Krzysztof: *Sprawa ukraińska w polityce zagranicznej Czeskiej Republiki w latach 1918—1932* [Die ukrainische Frage in der tschechoslowakischen Außenpolitik in den Jahren 1918—1932]. Breslau usw. 1974.

¹³ Besonders der Krakauer Historiker Henryk Batowski hat sich um die Darstellung der polnisch-slowakischen Kontakte in der Zwischenkriegszeit verdient gemacht: *Zarys dziejów Słowacji w ostatnim dwudziestolecu 1918—1937* [Abriß der Geschichte der Slowaken in den letzten zwei Jahrzehnten]. In: *Słowacja i Słowacy*. Krakau 1938, 119—195; ders.: *Słowacja w polityce polskiej 1918—1945* [Die Slowaken in der polnischen Politik 1918—1945]. *Zborník Filozofickej Fakulty Univerzity Komenského, Historica* 22 (1970) 283—295; ders.: *Z polsko-slovenských vzťahov v období rokov 1931—1939* [Zu den polnisch-slowakischen Beziehungen in den Jahren 1931—1939]. *Historické štúdie* 15 (1970) 227—243. — Von slowakischer Seite liegen vor die Aufsätze von Bartlová, Alena: *Slovensko-polské vzťahy v rokoch 1919—1939* [Die slowakisch-polnischen Beziehungen in den Jahren 1919—1939]. *Historický časopis* 20 (1972) 363—384; dies.: *Przyczynek do historii stosunków słowacko-polskich w okresie międzywojennym* [Ein Beitrag zur Geschichte der slowakisch-polnischen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit]. *Studia z dziejów ZSRR i Europy Środkowej* 9 (1973) 181—200.

¹⁴ Seibt, Ferdinand: *Zur Sozialstruktur der Ersten ČSR*. In: *Beiträge zum deutsch-tschechischen Verhältnis im 19. und 20. Jahrhundert*. München 1967, 111—126.

Teilungszeit entstandenen strukturellen Unausgewogenheiten und rasches Ansteigen der Bevölkerung um acht auf über 35 Millionen, weitgehend agrarisch geprägt blieb und sich erst am Anfang einer umfassenden Industrialisierung befand. Eine engere wirtschaftliche Kooperation zwischen den beiden Nachbarn wollte, nicht zuletzt wegen der Grenzstreitigkeiten und der daraus erwachsenden politischen Querelen, nicht so recht gedeihen, so daß für beide Länder das Deutsche Reich der omnipotente Außenhandelspartner blieb, der über die ökonomische Sphäre hinaus auch seinen politischen Einfluß zu steigern bestrebt war.

Die wirtschaftliche Stabilität der ČSR erregte den Neid der Polen, da sie diesem Land eine politische Bedeutung einbrachte, die in keiner Relation zur Größe seines Territoriums und der Einwohnerzahl zu stehen schien. Diese Einstellung hat in der polnischen Gesellschaft die Verfestigung der alten Vorurteile begünstigt; doch auch in der ČSR herrschte bei der Beurteilung der Polen eher das Ressentiment als Rationalität, wodurch auch die Ausgestaltung der bilateralen Beziehungen beeinflusst wurde. Die polnische Oberschicht empfand die Tschechen als eine halb bäuerliche, halb bürgerliche Nation, die durch Pragmatismus, Opportunismus sowie eine gehörige Portion Verschlagenheit und Geschäftssinn eine Position usurpiert hatte, die ihr ganz einfach nicht zustand. Die tschechische Fähigkeit, Kompromisse zu schließen, wurde als Prinzipienlosigkeit und Feigheit gebrandmarkt, wobei diesen Krämerseelen besonders anzukreiden war, nie in einer *levée en masse* den Versuch unternommen zu haben, ihre Freiheit zu erkämpfen. Die Tschechen dagegen empfanden die Polen als unzeitgemäße Romantiker, deren Grundprinzipien wie Ehre, Patriotismus, Mut und Opferbereitschaft hoffnungslos veraltet waren und als Relikte der untergegangenen Adelsrepublik mitleidig belächelt wurden. Der in Polen vorhandene, von tschechischer Seite überinterpretierte Klassenantagonismus ließ das Weichselland als eine Domäne einer überholten Magnatenoligarchie erscheinen, wo der bigott-katholische Adel seine Untertanen selbst im 20. Jahrhundert noch wie Leibeigene traktierte. Die angebliche Unbeherrschtheit, das ungezügelte Draufgängertum, die Verfolgung idealistischer Konzeptionen machte aus den Polen fragwürdige Bundesgenossen, denen im Interesse der eigenen Sicherheit nicht zu trauen war¹⁵.

Diese in der politischen Publizistik der Zwischenkriegszeit häufig anzutreffenden Fehl- und Vorurteile weisen auf die Tatsache hin, daß Polen und Tschechen sehr wenig voneinander wußten und nur geringe Anstrengungen zum besseren Kennenlernen des Nachbarn und seiner spezifischen Probleme unternahmen. Trotz der nahen Verwandtschaft der beiden Sprachen blieb der Reiseverkehr zwischen den Nachbarländern unbedeutend — es zeigte sich anscheinend kein Bedürfnis, durch gegenseitige Besuche zu einem eigenständigen Urteil zu gelangen. Deshalb fiel es den Journalisten der in beiden Ländern stark von der Regierung gesteuerten Presse leicht, je nach politischer Konjunktur Emotionen gegen den Nachbarn zu wecken oder unvermittelt die Notwendigkeit für eine breitere Kooperation zu propagieren. Die in der polnischen Öffentlichkeit tief verankerte Magyarophilie und das Verständnis

¹⁵ Vgl. den Bericht des tschechoslowakischen Geschäftsträgers in Warschau, Smutný, vom 30. September 1935. In: Berber, Friedrich (Hrsg.): Europäische Politik 1933—1938 im Spiegel der Prager Akten. Essen 1942, 51 f.

für das Anliegen der slowakischen Autonomisten erhielt in der ČSR sehr rasch das Stigma der politischen Takt- und Instinktlosigkeit, während in Polen der tschechische Pan- und Neoslawismus sowie die angebliche Prädisposition für marxistisches Gedankengut als unverzeihliche Fehler galten.

Diese eher psychologischen Faktoren haben zwar eine gewisse Rückwirkung auf die Ausgestaltung der zwischenstaatlichen Beziehungen besessen, aber der permanente Widerstreit zwischen Tschechen und Polen selbst in Anbetracht der nationalsozialistischen Bedrohung ist weit stärker durch die in Prag und Warschau bestehenden politischen Konstellationen und durch die aktiven Träger der Politik bestimmt worden. Dabei besaß die tschechoslowakische Außenpolitik dank der größeren Stabilität im Innern und der Wirtschaftskraft, vor allem aber wegen der unbestrittenen Autorität Masaryks und der fachlichen Kompetenz des über 17 Jahre in ungebrochener Kontinuität die außenpolitische Ausrichtung dominierenden Ressortchefs Beneš von Anfang an eine frappierende logische Konsequenz und Stetigkeit. Zwar haben sowohl die Nationaldemokraten auf der Rechten wie auch die Kommunisten und zeitweise die Sozialdemokraten auf der Linken mehrfach Anläufe zur Änderung des außenpolitischen Kurses genommen, ohne sich jedoch durchsetzen zu können. Warf die politische Rechte den Polen einen Verrat an den gesamtslawischen Interessen und einen ungezügelter Nationalismus vor, hegte die Linke wegen der in Pilsudskis Polen konsequent durchgeführten Verfolgung der politischen Gegner keine Sympathie für eine Annäherung an diesen autoritär regierten Militärstaat. Masaryk und Beneš waren sich, obschon sie das deutschnationale Schlagwort vom polnischen „Saisonstaat“ entschieden zurückwiesen, der potentiellen Gefährdung Polens bei einem seit dem Vertrag von Rapallo (16. April 1922) und der Vertiefung der deutsch-sowjetischen Beziehungen im Berliner Vertrag (26. April 1926) durchaus möglichen Zusammenwirken seiner mächtigen Nachbarn in Ost und West sehr wohl bewußt. Benešs Ziel blieb es, korrekte, aber nur unterkühlt freundschaftliche Kontakte zu Polen aufrechtzuerhalten, ohne dadurch sein Land in ein unkalkulierbares Risiko zu verwickeln. Die Parallelität der Bündnisbeziehungen zu Frankreich spielte in Benešs außenpolitischem Kalkül zwar eine große Rolle — aber er wollte ihre Wirksamkeit nicht durch die als leichtfertig empfundene polnische Prestigepolitik den großen Nachbarstaaten gegenüber auf die Probe gestellt sehen. Zudem entsprachen die Zielvorstellungen der französischen Schutzmacht nicht völlig den spezifischen Interessen seiner beiden Bündnispartner: Frankreich sah in Polen und in der ČSR lange nur Substituten für den in den Wirren des Ersten Weltkrieges und der Oktoberrevolution untergegangenen zaristischen Bundesgenossen zur Niederhaltung des Deutschen Reiches, während Prag und Warschau bei aller Einsicht in die Notwendigkeit einer Zügelung des deutschen Revisionismus auch vital an anderen Räumen interessiert waren. Österreich, Ungarn, der Donauraum haben für die tschechoslowakische Außenpolitik wahrscheinlich den gleichen Stellenwert eingenommen wie für Polen die Ausgestaltung seiner Beziehungen zu den baltischen Randstaaten und zur UdSSR. Bei der Bewertung der sog. „deutschen Gefahr“ zeigten sich zudem bald — spätestens nach der Unterzeichnung der Locarno-Verträge und der Arbitrage-Vereinbarungen vom 16. Oktober 1925 — wesentliche Gegensätze der Interessen, die selbst nach der national-

sozialistischen Machtergreifung und der von ihr für die Anrainer ausgehenden Bedrohung Prag und Warschau davon abhielten, ihren politischen Kurs einander anzunähern.

Dank seiner unbestrittenen militärischen Autorität hatte sich Józef Piłsudski als amtierender Staatschef bis 1922 in außenpolitischen Fragen ein beträchtliches Mitspracherecht gesichert; nach dem Staatsstreich vom 12./15. Mai 1926 hat er bis zu seinem Tod am 12. Mai 1935 Anlage und Durchführung der polnischen Außenpolitik verantwortlich bestimmt. Nur einer der zehn in der parlamentarischen Republik bis 1926 verschlissenen Außenminister, Marian Seyda, hat die Annäherung an die ČSR zur Hauptaufgabe seiner Amtszeit gemacht — und er ist darüber auch gestürzt worden. In Piłsudskis persönlichem Kalkül gebührte der ČSR keine besondere Beachtung; während er Respekt für Masaryk aufbrachte und sich die Pflege von Kontakten zu ihm persönlich vorbehielt, hegte er für Beneš und dessen oft bespöttelte „realistische Diplomatie“ sowie für dessen Glauben an die systemerhaltende Kraft des Völkerbundes nur Mißtrauen und Verachtung¹⁶. Diese Auffassung hat auch sein eigentlicher Schüler auf außenpolitischem Gebiet, der spätere Außenminister Beck, geteilt. Gerade der persönliche Antagonismus zwischen Beneš und Beck, die keine Sympathie füreinander empfanden und dem anderen zutiefst mißtrauten, wirkte sich verhängnisvoll auf die Ausgestaltung der bilateralen Beziehungen aus¹⁷. Es muß befremden, daß es in zwanzig Jahren nur zu jeweils einem Besuch der Außenminister im Nachbarlande kam¹⁸; den polnischen Wunsch, den in der Ära Piłsudski gewählten Präsidenten Mościcki zu einem offiziellen Staatsbesuch in die ČSR einzuladen, wußte Beneš so lange dilatorisch zu behandeln, bis die Warschauer Regierung ihr Interesse verloren hatte. Gegen den von 1927—1935 in Warschau akkreditierten tschechoslowakischen Gesandten Václav Girska hegte Piłsudski eine so starke Aversion, daß er ihn kein einziges Mal empfing. Während in Warschau die Exilgewährung für diejenigen demokratischen Kräfte, die sich nach dem „Rechtsbruch von Brest“ im Herbst 1930 der Verfolgung nur durch die Flucht in die ČSR zu entziehen vermochten, als unfreundlicher Akt gewertet wurde, äußerte die Prager Regierung mehrfach den Verdacht der unzulässigen Unterstützung der geheimen ungarischen Aufrüstung und protestierte vehement gegen die aus Polen kommenden Aufrufe des slowakischen Emigranten František Jehlička zu einem Anschluß der Slowakei an Ungarn. Die Ermöglichung

¹⁶ Vgl. dazu die Ausführungen Piłsudskis dem Gesandten Wysocki gegenüber am 21. Juli 1933, nach Wojciechowski: Die polnisch-deutschen Beziehungen 57 Anm. 2.

¹⁷ Beck: Dernier rapport 171; Wandycz, Piotr S.: Beneš and Beck. The Central European Federalist 9 (1961) 6—12. — Siehe auch Wandycz: France and Her Eastern Allies 386: „It is doubtful whether Beneš had any real liking for the Poles, and his outlook, mentality, and attitude to politics offered a complete contrast to those of the majority of the Polish leaders. Certainly Masaryk on more than one occasion expressed skepticism of Polish statecraft“.

¹⁸ Der reisefreudige Beneš traf zur Unterzeichnung von drei Vereinbarungen über ein modifiziertes Arbitrageverfahren, die „Liquidation“ der aus der neuen Grenzziehung erwachsenden finanziellen, juristischen und minderheitspolitischen Streitpunkte sowie einer Meistbegünstigungsklausel im beiderseitigen Transitverkehr am 20. April 1925 in Warschau ein. Sein polnischer Kollege Skrzyński stattete Prag Mitte April 1926 einen Gegenbesuch ab.

einer legalen Betätigung für die Kommunistische Partei in der ČSR führte in Polen, wo die Kommunisten einer unbarmherzigen Verfolgung ausgesetzt waren, wiederum zur Unterstellung, die Komintern habe Prag zum Hauptquartier ihrer subversiven, auf eine Zerschlagung des polnischen Staates ausgerichteten Wühlarbeit machen können¹⁹. Die vom französischen Botschafter in Warschau, Jules Laroche, unermüdlich geforderte Intensivierung der Kontakte auf militärischem Gebiet kam dagegen wegen der von beiden Seiten gehegten Vorbehalte nicht über unverbindliche Gesprächsansätze der jeweiligen Militärattachés mit dem Generalstab des Gastlandes hinaus²⁰. Bei dem in beiden Ländern gegeneinander angehäuften Mißtrauenspotential kann es also nicht verwundern, daß beide Regierungen hofften, die Auswirkungen der in ihrer Bedrohlichkeit nicht wirklich erkannten Zerfallerscheinungen im Deutschen Reich und der möglichen Machtergreifung der Nationalsozialisten von sich weg auf den Nachbarn lenken zu können. Sie glaubten nicht nur, sich selbst etwas zu vergeben, wenn sie ein zu starkes Interesse an einem *rapprochement* zeigen würden, sondern es fehlte ihnen auch weitgehend die Einsicht, daß allein eine engere Zusammenarbeit im größeren internationalen Rahmen Gewähr für eine Neutralisierung des deutschen Destabilisierungsfaktors bieten konnte. In Überschätzung der eigenen politischen und militärischen Möglichkeiten und unter Mißachtung der vitalen Interessen des Nachbarn machten beide Staaten einander Konkurrenz und versuchten, sich auf Kosten des jeweils anderen zu profilieren und mit den Großmächten zu arrangieren.

Wenigstens die polnischen Bemühungen, mit der sowjetischen Großmacht zu einem besseren Einvernehmen zu gelangen, fanden bei Beneš volle Unterstützung. Mit der Unterzeichnung des tschechoslowakisch-sowjetischen Handelsvertrags am 5. Juni 1922 war die de facto-Anerkennung der Sowjetunion verbunden gewesen; doch bei dem Widerstand der Nationaldemokraten, des rechten Flügels der Agrarpartei und der Katholischen Volkspartei hatte Beneš die de jure-Anerkennung nicht durchsetzen können — nicht zuletzt weil auch Präsident Masaryk eine „Wandlung des sowjetischen analphabetischen Absolutismus“ in eine bürgerliche Demokratie als Voraussetzung für diesen Schritt forderte. Doch erst zu dem Zeitpunkt, als die Grundlagen des Versailler Systems zu wanken begannen, in einer Atmosphäre genereller Verunsicherung, die durch die Weltwirtschaftskrise, den Abbau demokratisch-parlamentarischer Einrichtungen, den Zulauf zu totalitären Organisationen und durch das rapide Anwachsen der deutschen Nationalsozialisten gekennzeichnet war, fand die sowjetische Bereitschaft, konstruktiv auf der Abrüstungskonferenz und bei der Aufrechterhaltung des Systems der kollektiven Sicherheit mitzuarbeiten, wachsende Anerkennung. Polen hatte einen wichtigen Beitrag zu der am 9. Februar 1929 im Litvinov-Protokoll vereinbarten vorzeitigen Inkraftsetzung des Kriegsächtungspaktes geleistet und danach, trotz aller Vorbehalte über die langfristigen Ziele der UdSSR, konsequent den Abschluß eines polnisch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages verfolgt, der am 23. Januar paraphiert und am

¹⁹ Beck: Dernier rapport 171.

²⁰ Kahánek, F.: Beneš contra Beck. Reportáže a dokumenty [Beneš gegen Beck. Reportagen und Dokumente]. Prag (1938), 85; Celovsky, Boris: Das Münchener Abkommen 1938. Stuttgart 1958, 74.

25. Juli 1932 unterzeichnet wurde. Er enthielt die wichtige Bestimmung, daß die UdSSR im Falle einer polnisch-deutschen Auseinandersetzung dem Deutschen Reich „während der ganzen Dauer des Konflikts weder unmittelbar noch mittelbar Hilfe und Beistand“ leisten dürfe²¹. Pilsudski meinte, mit der jetzt in das Gefüge der Rapallo-Politik geschlagenen Bresche die ganze politische Kraft Polens auf den Westen konzentrieren und sowohl die militärische als auch die politische Emanzipation von Frankreich vorantreiben zu können. Nach der abrupten Kündigung der Dienste der französischen Militärmission Anfang Januar 1932 setzte eine stete Aushöhlung der Beziehungen zu Frankreich und eine wachsende Distanz zum Völkerbund ein²². Die gleichzeitig von Pilsudski Deutschland gegenüber betriebene Politik der politischen und militärischen Einschüchterung traf in Prag ebenfalls auf wenig Verständnis. Zwar wurde die intensiviertere diplomatisch-propagandistische Offensive des politisch so schwach fundierten Kabinetts Brüning, die gleichermaßen auf „Gleichberechtigung“ wie auf Revision der deutschen Ostgrenze abzielte, auch in der ČSR als gefährlich erkannt, zumal das verstärkte Werben um Österreich als besonders bedrohlich empfunden wurde — aber von militärischen Abschreckungsmaßnahmen, die Pilsudski jetzt im Nervenkrieg um die Freie Stadt Danzig verstärkt einsetzte, hielt Beneš nicht viel, weil er zu Recht nur eine weitere politische Radikalisierung im Reich und schließlich den Sturz der Regierung Brüning voraussah und sich von dem folgenden deutschnational geprägten Kabinett Papen-Schleicher keine Erleichterung versprach. Als Pilsudski zur Warnung des „Kabinetts der Junker und preußischen Generale“ am 14. Juni 1932 den Zerstörer „Wicher“ (Sturm) in kriegsmäßiger Ausrüstung in den Hafen von Danzig einlaufen ließ, löste er dann auch eine so einhellige Verurteilung des einseitigen polnischen Vorgehens aus, daß er sich zur friedlichen Beilegung des Konflikts gezwungen sah. Doch die Unzufriedenheit mit dem schwächlichen Taktieren des Völkerbundes und des französischen Verbündeten den deutschen Rüstungs- und Revisionsbemühungen gegenüber veranlaßte ihn, am 1. November 1932 den die traditionelle, frankreich- und völkerbundfreundliche Linie vertretenden Außenminister Zaleski zu entlassen und tags darauf mit Józef Beck einen Vertrauensmann, der von 1926—1930 als sein Kabinettschef im Kriegsministerium und danach als Staatssekretär im Ministerpräsidium gedient hatte, mit der Führung der Außenpolitik zu beauftragen²³.

²¹ Leczyk, Marian: *Polityka II Rzeczypospolitej wobec ZSRR w latach 1925—1934. Studium z historii dyplomacji* [Die Politik der Zweiten Republik gegenüber der UdSSR in den Jahren 1925—1934. Studie aus der Diplomatiegeschichte]. Warschau 1976; Budrowycz, Bogdan: *Polish-Soviet Relations 1932—1939*. New York-London 1963; Jaworznicki, Bolesław: *Polsko-radziecki pakt o nieagresji z r. 1932* [Der polnisch-sowjetische Nichtangriffsvertrag aus dem Jahr 1932]. *Sprawy Międzynarodowe* 5 (1952) 70—82. Text in: Weißbuch der polnischen Regierung über die polnisch-deutschen und polnisch-sowjetischen Beziehungen im Zeitraum von 1933 bis 1939. Basel 1940, Nr. 151.

²² Kuźmiński, T.: *Polska — Francja — Niemcy 1933—1935. Z dziejów sojuszu polsko-francuskiego* [Polen — Frankreich — Deutschland 1933—1935. Zur Geschichte des polnisch-französischen Bündnisses]. Warschau 1963.

²³ Beck ist bis heute in der Geschichtsschreibung keine Gerechtigkeit widerfahren — aus der Sicht des Scheiterns seiner Politik fiel er einem fast einhelligen, aber nicht in allen Punkten gerechtfertigten Verdammungsurteil anheim. Allein Henry L. Roberts hat

Das von Beck — in absoluter Übereinstimmung mit Pilsudski — verfolgte Ziel, ein von Frankreich weniger abhängiges Polen zur Führungsmacht in Ostmitteleuropa und zum Kristallisationspunkt eines von der Ostsee bis zur Adria reichenden „Dritten Europa“ in einer Riegelfunktion gegen einen expansiven, von der UdSSR getragenen Kommunismus und einen aggressiv-revisionistischen deutschen Nationalismus zu erheben, mißachtete die wahre ökonomische und militärische Leistungsfähigkeit Polens. Zwar sollten nach den Vorstellungen des Marschalls auch „die guten Beziehungen zu den Nachbarn, aufgebaut auf dem Grundsatz strikter Gegenseitigkeit und Achtung des gleichen Rechts auf Freiheit“ sowie die „engere Zusammenarbeit mit den Staaten der geopolitischen Region, in der Polen liegt“, Berücksichtigung finden — aber nachgeordnet der „eigenen Kraft“²⁴. Die „Balancepolitik“, der Versuch, das Verhältnis zu den beiden großen Nachbarn so auszugestalten, daß „jeder Anschein einer Subordination der polnischen Politik unter dem Einfluß von Berlin oder Moskau vermieden wurde, stieg zum Axiom polnischen außenpolitischen Handelns auf“²⁵.

Die sog. „Fünf-Mächte-Erklärung“ vom 11. Dezember 1932, die dem Deutschen Reich die Gleichberechtigung „in einem System (zuspruch), das allen Nationen Sicherheit bietet“, aber nach polnischer Einschätzung die Gefahr barg, die Rüstungs- und Revisionsfrage im antipolnischen Sinne zu lösen, steigerte die der polnischen Politik eigene Selbständigkeitstendenz noch weiter. Obwohl in Polen die überwiegende Mehrheit der politisch Interessierten fürchtete, Hitler werde nach der Machtergreifung seinen brutalen Anklagen gegen den Versailler Vertrag aggressive Handlungen Polen gegenüber folgen lassen, schätzten Pilsudski und Beck, bestärkt durch die Verluste der NSDAP bei den Wahlen vom 6. November 1932, die Lage jedoch als weniger bedrohlich ein. Sie gingen von der Prämisse aus, daß bei dem „Österreicher“ Hitler im Gegensatz zu den preußischen Junkern und den Deutschnationalen ein geringeres Engagement für die Revision der Ostgrenze vorausgesetzt werden könne und er mit innenpolitischen Problemen vorerst fast völlig absorbiert sein werde. Die Durchführung der „nationalen Revolution“ in Deutschland schien zudem einen Kurs der außenpolitischen Zurückhaltung zu erfordern. Daher ließ sich die polnische Führung nicht von starken Worten²⁶ beeindrucken; Beck stellte am 15. Februar 1933 in Sejm lakonisch fest: „Unser Verhältnis zu Deutschland wird dem Verhalten Deutschlands zu Polen genau entsprechen. In der Praxis hängt also in dieser Hinsicht mehr von Berlin als von Warschau ab“²⁷.

in seinem Beitrag: *The Diplomacy of Colonel Beck*. In: *The Diplomats 1919—1939*. Hrsg. von Gordon A. Craig und Felix Gilbert. Princeton 1953, 579—614, den Versuch einer objektiven Würdigung Becks unternommen. Weitere Literaturangaben bei Roos: *Polen und Europa* 29 Anm. 6 f.

²⁴ Beck, Józef: *Przemówienia, deklaracje, wywiady 1931—1939* [Reden, Erklärungen, Interviews 1931—1939]. Warschau 1939, 327.

²⁵ Beck: *Dernier rapport* 37 f.

²⁶ Besonderes Aufsehen erregte in Polen das von Hitler am 12. Februar 1933 dem britischen Oberst Etherson vom „Sunday Express“ gegebene Interview mit der Forderung nach Rückgliederung des „Korridors“ an das Deutsche Reich. Vgl. Wojciechowski: *Die polnisch-deutschen Beziehungen* 8 f.

²⁷ Beck: *Przemówienia* 58. Interpretationen u. a. bei Roos: *Polen und Europa* 59 ff.; Wojciechowski: *Die polnisch-deutschen Beziehungen* 5 ff.

In Prag stand die von Beneš im Geiste Masaryks geprägte Außenpolitik jener Jahre ganz im Zeichen der vom Völkerbund mitgetragenen Verteidigung der politischen Nachkriegsordnung gegen die revisionistischen Staaten. Beneš war sich deutlicher als seine Zeitgenossen bewußt, daß ein Angriff auf die territoriale Integrität der Ersten Republik nur den Ausgangspunkt für eine umfassende Revision der europäischen Mächtebalance darstellen werde. Er hat im Völkerbund — trotz aller erkannten Unzulänglichkeiten — ein unersetzliches Instrument der Friedenssicherung gesehen, wobei das Aufkommen autoritärer und totalitärer Regime, die sich über die Völkerbundsatzung hinwegsetzten und die europäische Friedensordnung aushöhlten, Beneš nicht in seinem Glauben von der Notwendigkeit der Völkerbundkonzeption erschüttern konnten. Fundament und Voraussetzung einer eigenständigen tschechoslowakischen Außenpolitik war und blieb die enge Anlehnung an Frankreich und der Versuch, die Kontakte in den Donauraum durch die Intensivierung der Arbeit der Kleinen Entente auszubauen. Dem Ziel nach Herstellung wenigstens korrekter Kontakte zur Weimarer Republik war Beneš nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund weitgehend nachgekommen; die Weltwirtschaftskrise mit den harten Rückwirkungen auf die Sudetendeutschen und ihre damit verbundene politische Radikalisierung, die Wahlerfolge der Nationalsozialisten, der Verfall der demokratischen Autorität und die Machtergreifung Hitlers haben dieses Einvernehmen aber rasch getrübt. Beneš dürfte einer der wenigen Staatsmänner gewesen sein, der sich bereits vor dem 30. Januar 1933 mit den von Hitler im zweiten Band von „Mein Kampf“ geäußerten Zielen und Methoden einer künftigen nationalsozialistischen Außenpolitik beschäftigt hatte — diese Thesen eines radikalisierten Darwinismus mit den Schlagworten „Bodenerwerb“, „Lebensraum“ und „Überlegenheit der germanischen Rasse“ scheinen keinen nachhaltigen Eindruck auf ihn hinterlassen zu haben. Nachdem die in den deutsch-österreichischen Zollunionsplänen (Schober-Curtius-Abkommen) für die ČSR vermuteten Gefahren im September 1931 endgültig abgewehrt waren, die Weimarer Politiker sich in der Regel eher für die in Polen lebende deutsche Minderheit als für die Rechtsstellung der Sudetendeutschen zu engagieren pflegten und mit Ausnahme des flächenmäßig unbedeutenden Hultschiner Ländchens keine direkten Territorialstreitfragen bestanden, schien wegen der Entwicklung im Deutschen Reich auch kein Anlaß zu übergroßer Nervosität vorhanden zu sein.

Bereits eine Woche nach der Machtergreifung sprach Hitler dann auch mit dem tschechoslowakischen Gesandten Dr. Vojtěch Mástný, wobei er nach dem Hinweis, keine Beziehungen zu der seit dem „Volkssport-Prozeß“ bedrohten DNSAP zu pflegen, betonte, „freundschaftliche Beziehungen zu den Nachbarn“ herstellen zu wollen²⁸. Beneš ließ sich durch diese versöhnlichen Töne nicht davon abhalten, die seit Spätherbst 1932 betriebene Verabschiedung eines neuen Organisationsstatuts der Kleinen Entente am 16. Februar 1933 durchzuziehen und sich für die Verbesserung der — freilich nur lockeren — militärischen Zusammenarbeit einzusetzen²⁹. Das durch die demonstrative Anwesenheit des damaligen Außenministers

²⁸ Berber (Hrsg.): Europäische Politik Nr. 3.

²⁹ Lemberg, Hans: Die Tschechoslowakei in der Kleinen Entente. In: Bosl (Hrsg.): Gleichgewicht — Revision — Restauration 265—276.

Zaleski auf der Belgrader Ratstagung von 1932 bekundete Interesse Polens an einer lockeren Kooperation, die Beneš gerne vertieft hätte, war im Frühjahr 1933 ebenso verfliegen wie die polnische Bereitschaft, durch einen bilateralen Freundschafts- und Beistandspakt der Bedrohung der europäischen Ordnung durch Hitler gemeinsam zu begegnen. Nach den widersprüchlichen Aussagen Beneš hat er zwischen Herbst 1932 und Januar 1934 dreimal, nach anderen Quellen immerhin einmal in Warschau den Abschluß eines bilateralen tschechoslowakisch-polnischen Freundschaftsvertrages angeboten; Beck ließ zwar dilatorisch bis zur Unterzeichnung der deutsch-polnischen Nichtangriffserklärung im Januar 1934 verhandeln, ohne aber ein wirkliches Interesse an einer vertraglichen Vereinbarung zu besitzen³⁰. Die Gründe für dieses Hinhalten dürften in der polnischen Enttäuschung über die schwächliche Unterstützung Prags für die spektakulären Aktionen Warschaus im Jahresverlauf 1933 zu suchen sein.

Am Morgen des 6. März 1933, einen Tag nach den deutschen Wahlen, hatte Polen durch die rechtswidrige Verstärkung seiner Garnison auf der Westerplatte die um Danzig schwebende Krise erneut angefacht; weitere militärische Vorbereitungen gaben Anlaß zu der Vermutung, Piłsudski wolle einen „Präventivkrieg“ unter der Ägide des Völkerbundes und im Zusammenwirken mit Frankreich gegen Hitler-Deutschland durchführen, wodurch Polen — nach dem Vorbild der Ruhrbesetzung von 1923 — zeitweilig Ostpreußen und Oberschlesien okkupieren und dadurch die strikte Einhaltung der in Versailles niedergelegten Territorial- und Rüstungsbestimmungen erzwingen wollte. Mit Ausnahme von Danzig war nach erfolgtem Abschluß der Aktion an die Rückgabe der besetzten Gebiete gedacht³¹. Die Streitfrage, ob Piłsudski die militärische Schwäche Deutschlands wirklich ausnutzen oder durch diese als „Strafintervention“ bezeichnete Drohung Hitler nur zur Anerkennung der polnischen Westgrenze zwingen wollte, kann hier im einzelnen nicht erörtert werden — da die französische Regierung jedoch im März/April wie auch im Oktober/November 1933, nach dem deutschen Auszug aus der Abrüstungskonferenz und dem Austritt aus dem Völkerbund, dieser Initiative eine Absage erteilte und auch die ČSR wenig Verständnis für diese Drohgebärde auf-

³⁰ Beneš, Edvard: Paměti. Od Mnichova k nové válce a k novému vítězství [Erinnerungen. Von München zu neuem Kampf und zu neuen Siegen]. Prag 1947, 11. Siehe auch Wojciechowski: Die polnisch-deutschen Beziehungen 54 Anm. 1. Zu den polnisch-tschechoslowakischen Beziehungen in diesem Zeitraum Kozeňski, Jerzy: Rokowania Polsko-Czechosłowackie na tle niebezpieczeństwa niemieckiego w latach 1932—1933 [Polnisch-tschechoslowakische Verhandlungen angesichts der deutschen Gefahr in den Jahren 1932—1933]. Przegląd Zachodni 18 (1962) 253—275; ders.: Czechosłowacja w polskiej polityce zagranicznej w latach 1932—1938 [Die Tschechoslowakei in der polnischen Außenpolitik in den Jahren 1932—1938]. Posen 1964, 61 ff.

³¹ Die angeblichen „Präventivkriegspläne“ Piłsudskis und ihre Bedeutung für die deutsch-polnischen Beziehungen haben in der historischen Publizistik ein starkes, höchst kontroverses Echo ausgelöst. In den beiden erschöpfenden Gesamtdarstellungen von Roos: Polen und Europa 78 ff. und Wojciechowski: Die polnisch-deutschen Beziehungen 15 ff. finden sie ebenso Berücksichtigung wie in Aufsätzen von Celovsky, Z. J. Gąsiorowski, M. B. Lepecki, T. Kuźmiński, H. Roos, W. Pobóg-Malinowski u. a. Siehe auch Berber (Hrsg.) Europäische Politik Nr. 10, 18.

brachte, kühlten die Beziehungen Polens zur bisherigen Schutzmacht Frankreich und zu ihrem engsten Partner, der ČSR, weiter ab. Unter dem Druck des Völkerbundes hatte sich Piłsudski zudem gehalten gesehen, am 16. März das Marinebataillon endgültig von der Westerplatte abzuziehen; Polen hatte aber immerhin erreicht, daß Hitler bei der Reichstageröffnung am 23. Mai und in der „Friedensrede“ vom 17. März 1933 seine Bereitschaft kundgab, „jedem Volk die Hand zur auf-richtigen Verständigung zu reichen“; außerdem hatte er am 2. Mai dem polnischen Gesandten Wysocki versichert, „eine gewaltsame Enteignung polnischen Gebiets liege ihm ferne“³².

Die polnische Regierung reagierte im Frühjahr 1933 auch deshalb so gereizt, weil sie in dem von Mussolini am 17. März vorgelegten Entwurf eines „Viermächtepaktes“, der die Möglichkeit einer Revision der Friedensverträge im Rahmen des Völkerbundes ausdrücklich vorsah, und dem darin projektierten „Direktorium der Großmächte“ eigene vitale Interessen bedroht glaubte. Selbst die Minister der Kleinen Entente-Staaten brachten in einem feierlichen Protest „les réserves les plus catégoriques“ zum Ausdruck. Diese Stellungnahme schien endlich den Weg für eine engere tschechisch-polnische Kooperation zu eröffnen, zumal Piłsudski seine Bereitschaft bekundete, bei einem Besuch in Prag mit Masaryk Abwehrmaßnahmen zu besprechen. Die sich wegen Hitlers radikalem Antikommunismus abkühlenden Beziehungen zwischen Berlin und Moskau sollten gleichfalls zu einer Intensivierung der Kontakte zwischen Polen und der UdSSR genutzt werden, um die in farbigen Pressedarstellungen beschworene „teutonische Kriegesfurie“ in die Schranken zu verweisen. Während die Präventivkriegsgerüchte ihren Höhepunkt erreichten, gelangten auch die Reichsbehörden zur Einsicht, daß Deutschland ohne sowjetische Hilfe Polen hoffnungslos unterlegen sei und zur Herstellung der militärischen Parität fünf Jahre notwendig wären. Hitler fand sich durch die drohende Gefahr und offenkundige militärische Schwäche zu äußerster Behutsamkeit genötigt und sah sich gehalten, seinen Friedenswillen künftig lautstark zu betonen. Aber durch Frankreichs Desinteresse an einer militärischen „Strafintervention“ und die unter französischem Einfluß doch noch zustandegekommene Zustimmung der Kleinen Entente zum Viermächtepakt, der am 15. Juli 1933 unterzeichnet, aber nie in Kraft gesetzt wurde³³, endete auch die kurze Phase der Annäherung Polens an die ČSR, die ausschließlich der Gegnerschaft zum Reich entsprungen, nur taktischer Natur und in Warschau recht unpopulär war. Die am 22. Mai mit einer plötzlichen Erkrankung Becks begründete Verschiebung des die Reise Piłsudskis vorzubereitenden Besuchs in Prag war eine Absage *ad calendas graecas*; zu einer erfolgversprechenden Kontaktaufnahme ist es danach nicht mehr gekommen.

Denn aus der Enttäuschung über das Unvermögen der westlichen Demokratien und ihrer osteuropäischen Bündnispartner, zu einer geschlossenen, notfalls auch von Militärmaßnahmen begleiteten Abwehr gegen das „Dritte Reich“ zu gelangen,

³² Documents on German Foreign Policy, Serie C, Bd. 1, Nr. 201; Komarnicki, Tytus (Hrsg.): *Diariusz i Teki Jana Szembeka (1933—1945)* [Tagebuch und Brief-mappen Jan Szembeks (1933—1945)]. Bd. 1. London 1964, Nr. 20, S. 53 ff.

³³ Jarausch, Konrad H.: *The Four Power Pact 1933*. Madison, Wisc. 1965; Mazur, Z.: *Pakt Czterech* [Der Viermächtepakt]. Posen 1979.

verfolgte die polnische Staatsführung im Spätjahr 1933 eine Beilegung der Streitpunkte mit dem deutschen Nachbarn auf rein bilateraler Ebene. Anknüpfungspunkte ergaben sich aus der antikommunistischen Innenpolitik Hitlers und der Beendigung der Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee im Juni 1933. Ein Abrücken von der UdSSR bedingte indessen die Herstellung verbesserter Beziehungen zu Polen, wo Hitler in Pilsudski anfangs eine kongeniale Führerpersönlichkeit sah, weil er dessen zweifellos autoritäres und nur kryptodemokratisches System als faschistisch-diktatorisch mißverstand. Pilsudskis schon lange zurückliegende militärische Erfolge sowie seine antirussische und sodann auch antisowjetische Haltung während seiner Kampffahre um die Wiedererrichtung eines polnischen Staates brachten ihn für Hitler in Parallele zur eigenen Politik dem Sowjetstaat gegenüber. Zudem bedurfte Hitler nach dem Verlassen der Abrüstungskonferenz am 14. und dem Austritt aus dem Völkerbund am 19. Oktober 1933 dringend eines außenpolitischen Erfolges, um innenpolitisch die „nationalsozialistische Revolution“ voranzutreiben, insgeheim aber die Voraussetzungen für eine Außenpolitik der Stärke im Interesse einer vollständigen Revision der Versailler Verträge schaffen und mit der Gewinnung neuen „Lebensraumes“ die deutsche Hegemonie über Europa errichten zu können. Pilsudski und Beck sind auf die — durchaus als taktische Maßnahme entlarvte — Verständigungsbereitschaft Hitlers wohl in der Erkenntnis eingegangen, daß eine völkerrechtlich legale Aktion zur Unterbindung der deutschen Aufrüstung gemeinsam mit den Westmächten nicht zustandezubringen war, wie neuerliche Anfragen in Paris ergeben hatten. Aus Argwohn, von Frankreich zugunsten dessen eigener Sicherheit preisgegeben zu werden, folgten Pilsudski und Beck dem Zwang, sich mit dem Deutschen Reich zu arrangieren, solange Polen militärisch noch überlegen war und daher hoffen konnte, günstigere Konditionen zu erzielen. Die auf zehn Jahre befristete deutsch-polnische Nichtangriffserklärung vom 26. Januar 1934 sah dann auch völligen Gewaltverzicht und unmittelbare Verständigung in allen Fragen der gegenseitigen Beziehungen, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und die „Begründung eines gutnachbarlichen Verhältnisses“ vor⁸⁴.

Diese von beiden Seiten als nützlicher Waffenstillstand gewertete Vereinbarung beendete auch den neunjährigen „Zollkrieg“ und leitete eine kurze Ära deutsch-polnischer Zusammenarbeit ein, die in beiden Ländern nicht auf die ungeteilte Zustimmung der völlig überraschten Bevölkerung stieß. Die konstruktiven Elemente der Vereinbarung, die an frühere Anregungen zur Überwindung der Nationalitätenprobleme anknüpften, wurden von all denen begrüßt, die der Überzeugung waren, daß nur ein deutsch-polnischer Ausgleich eine Befriedung Ostmitteleuropas bewirken könne. Hitler sah die Nichtangriffserklärung, der er eine Fortführung der Revisionspolitik wie auch die Vertretung der Belange der deutschen Minderheit in Polen

⁸⁴ In den Studien von Roos, Wojciechowski und Breyer wird dem Zustandekommen der deutsch-polnischen Nichtangriffserklärung große Aufmerksamkeit geschenkt. Siehe auch Lapter, Karol: Pakt Pilsudski — Hitler. Polsko-niemiecka deklaracja o niestosowaniu przemocy — 26 I 1934 [Der Pakt Pilsudski — Hitler. Die polnisch-deutsche Gewaltverzichtserklärung vom 26. Januar 1934]. Warschau 1962; Gąsiorowski, Zygmunt J.: The German-Polish Nonaggression Pact of 1934. *Journal of Central European Affairs* 15 (1955) 3—29.

zeitweilig aufzuopfern bereit war, unter dem Aspekt der Gewinnung eines zukünftigen Aufmarschraumes gegen die UdSSR und einer Herauslösung Polens aus dem französischen Sicherheitssystem; Piłsudski gedachte den erzielten Zeitgewinn zur weiteren militärischen Aufrüstung, zur Ablenkung der deutschen außenpolitischen Stoßrichtung nach Südosten und zur Initiierung einer polnischen Gleichgewichtspolitik zwischen den beiden mächtigen Nachbarn zu nutzen.

Ogleich Beck noch am 18. Januar 1934 in Genf mit Beneš zusammengetroffen war und die im Frühjahr 1933 begonnenen Gespräche über den Abschluß eines Freundschaftspaktes noch halbherzig weitergeführt wurden, wahrte die polnische Regierung bis zur Unterzeichnung der Nichtangriffserklärung absolutes Stillschweigen: kein Wunder, daß diese Vereinbarung in Prag Beunruhigung auslösen mußte. Im tschechoslowakischen Außenministerium wurde die Auffassung vertreten, Polen habe die antideutsche Einheitsfront zerbrochen und dem Reich geholfen, die politische Isolation zu überwinden. Beneš ließ den polnischen Gesandten Grzybowski verärgert wissen, durch die Vereinbarung habe Polen dem Deutschen Reich bei der Boykottierung der Abrüstungsverhandlungen und beim Übergang zu einer unkontrollierten Aufrüstung wertvolle Hilfestellung geleistet³⁵. Die tschechoslowakische Seite reagierte nicht zuletzt deshalb so enttäuscht, weil sich Beck Ende Dezember 1933 erneut um die Vertiefung der Beziehungen zur ČSR zu bemühen schien, wobei er den Gesandten Girsu empfangen, die Prinzipien seiner Politik erläutert und die Versicherung abgegeben hatte, die Allianz mit Frankreich bleibe „die wesentliche Basis der polnischen Politik“. Noch Anfang Januar 1934 hatte Girsu einen um wesentliche militärische Aspekte erweiterten Vorschlag in die Freundschaftspakt-Verhandlungen eingebracht und die Versicherung erhalten, daß Gerüchte über die Unterzeichnung einer polnisch-deutschen Vereinbarung völlig aus der Luft gegriffen seien³⁶. Die Verbitterung in Prag wuchs weiter an, weil die Warschauer Regierung unverzüglich daran ging, mit deutscher Rückendeckung die noch offene Rechnung mit der ČSR über Teschen zu begleichen.

Bereits am 23. Januar 1934 nahmen regierungsfreundliche Blätter gegen die ČSR wegen ihrer Minderheitenpolitik in Teschen eine Kampagne auf, an der sich nach dem 28. Januar die ganze polnische Presse beteiligte. Eine öffentliche Kundgebung aus Anlaß des 15. Jahrestags der Kämpfe um Teschen-Schlesien bildete den Höhepunkt der antitschechischen Aktionen, an denen sich auch die Führer der polnischen Minderheit in der ČSR, der Senator Jan Buzek und der Abgeordnete Leon Wolf,

³⁵ Wojciechowski: Die polnisch-deutschen Beziehungen 115. Neben Kozeński (Anm. 30) berücksichtigen die sich verschlechternden polnisch-tschechoslowakischen Beziehungen Pułaski, Michał: Stosunki dyplomatyczne polsko-czechosłowacko-niemieckie od roku 1933 do wiosny 1938 [Die polnisch-tschechoslowakisch-deutschen diplomatischen Beziehungen vom Jahre 1933 bis zum Frühling 1938]. Posen 1967; Valenta, Jaroslav: Československo a Polsko v letech 1918—1945 [Die Tschechoslowakei und Polen 1918—1945]. In: Češi a Poláci v minulosti. Bd. 2: Období kapitalismu a imperialismu. Prag 1967, 431—619 und 634—710; Kozeński, Jerzy: Wpływ deklaracji polsko-niemieckiej o nieagresji na kształtowanie się stosunków polsko-czechosłowackich w roku 1934 [Die Auswirkungen der polnisch-deutschen Nichtangriffserklärung auf die Ausgestaltung der polnisch-tschechoslowakischen Beziehungen im Jahr 1934]. Przegląd Zachodni 19 (1963) 218—236.

³⁶ Roos: Polen und Europa 115; vgl. Berber (Hrsg.): Europäische Politik Nr. 18.

beteiligten. Gleichzeitig wurden die Kontakte zu den slowakischen Autonomisten intensiviert und durch die Bereitstellung von Geldern für die polonophile Gruppe um Karol Sidor ausgeweitet. Während Piłsudski bereits öffentlich Überlegungen anstellte, wie sich Polen im Falle einer deutsch-tschechoslowakischen Auseinandersetzung zu verhalten habe, um wenigstens ganz Teschen in Besitz nehmen zu können, sah sich die Prager Regierung gezwungen, dem besonders aktiven polnischen Konsul in Mährisch-Ostau, Leon Malhomme, das Exequatur zu entziehen und unliebsame Minderheitenvertreter zwangsweise über die Grenze nach Polen abzuschieben — was natürlich sofort zu verschärften polnischen Gegenmaßnahmen Anlaß gab. Beide Seiten drohten schließlich sogar mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen³⁷.

Diese völlig unnötige Verschlechterung der bilateralen Kontakte versuchte der neue französische Außenminister Barthou auf seiner Ende April 1934 durchgeführten Reise nach Warschau und Prag beizulegen; eine Zustimmung Polens zu dem von Frankreich, der UdSSR und der ČSR intensiv befürworteten Ostpakt-System, das auch ein „Ost-Locarno“, also eine Garantie der Grenzen in Ostmitteleuropa, beinhalten sollte, war jedoch nicht zu erreichen. Piłsudski sträubte sich energisch gegen eine Politik der internationalen Aufwertung Sowjetrußlands. Die nach einer Reise Becks Mitte Februar in die UdSSR am 5. Mai 1934 zustandegekommene Parallelisierung des polnisch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags mit der polnisch-deutschen Nichtangriffsvereinbarung änderte nichts an der Tatsache, daß der kränkelnde Marshall in der UdSSR nach wie vor Polens gefährlichsten Gegner sah. Obgleich sich Piłsudski Hitlers Angeboten, gemeinsam einen gegen die Sowjetunion gerichteten Feldzug vorzubereiten, energisch widersetzte, führte die Einbindung der UdSSR in das vom Völkerbund garantierte System der kollektiven Sicherheit, durch die in polnischen Augen das Bündnis Paris — Warschau völlig entwertet wurde, Polen unfreiwillig näher an Hitler-Deutschland heran, als es der außenpolitisch sonst so hellsichtige Piłsudski eigentlich intendiert hatte. Die doppelzüngige polnische Stellungnahme zum nationalsozialistischen Putschversuch in Wien, die Weigerung Warschaus, in der projektierten Balkan-Entente mitzuarbeiten³⁸, sowie die immer unverhohlene Unterstützung der slowakischen Separatisten und der ungarischen Revisionsiten nährten in Prag — weitgehend zutreffend — den Verdacht, Polen habe sich mit der Unterzeichnung der Nichtangriffserklärung Ruhe an den eigenen Grenzen verschafft und seine Zustimmung zu einer deutschen Expansion in den Donaauraum gegeben. Besonderes Befremden rief die mit dem Beitritt der UdSSR zum Völkerbund begründete einseitige Aufkündigung der Minderheitenschutzverträge durch Beck am 13. September 1934 hervor, denn der polnische Außenminister hatte sich selbst für die Aufnahme der UdSSR eingesetzt.

Der polnisch-tschechoslowakische Konflikt hatte sich so seit dem Sommer 1934 zu einer tiefgreifenden und dauernden Differenz ausgewachsen, die sich nach Auf-

³⁷ Diese Hintergründe hat im Detail anhand der polnischen Konsulatsberichte und der Prager Aktenbestände nachgezeichnet Kozeński: *Czechosłowacja w polskiej polityce* 80—111.

³⁸ Łyczko-Grodzicka, Beata: *Dyplomacja polska a Ententa Bałkańska 1933—1936* [Die polnische Diplomatie und die Balkan-Entente 1933—1936]. Breslau 1981.

nahme der tschechoslowakisch-sowjetischen Verhandlungen um die Jahreswende 1934/35, die in den Beistandsvertrag vom 16. Mai 1935 mündeten, bis zur Feindschaft vertiefte. Für die Prager Diplomatie wurden die offenkundigen Beweise der unverhüllten Feindschaft des Deutschen Reiches und Polens zur stärksten Triebfeder ihrer Annäherungspolitik an die UdSSR, während gerade die tschechoslowakisch-russische Zusammenarbeit für Polen der Anstoß war, konsequent auf die Schwächung seines südlichen Nachbarn hinzuarbeiten³⁹. Der polnisch-deutsche Ausgleich vom 26. Januar 1934 hatte dabei den Grund für die polnische Revindikationspolitik der ČSR gegenüber gelegt und den polnisch-tschechoslowakischen Konflikt bis zum März 1939 zu einem dauerhaften Element der europäischen Politik erhoben. Über die Einsicht, daß eine antitschechische Politik unbeschadet der vordergründigen Vorteile, die sie bieten mochte, letzten Endes doch nur den aggressiven Zielen Hitlers den Weg bereitete, verfügten Piłsudski und seine Epigonen nicht. So wurde Polen nur ein Jahr nach seiner Beteiligung an der Liquidation der ČSR vom gleichen Schicksal, dem Verlust der Eigenstaatlichkeit und der erzwungenen Einbeziehung in den deutschen Herrschaftsbereich mit den Auswüchsen eines unmenschlichen Rassenwahns, ereilt, das es im September 1938 dem tschechoslowakischen Nachbarn beizufügen geholfen hatte.

Die Unfähigkeit der verantwortlichen Politiker in Prag und Warschau, in der Zwischenkriegszeit unter großzügiger Bereinigung der bilateralen Streitpunkte und unter Zurückdrängung nationalen Prestigedenkens zu einer vertrauensvollen politischen, militärischen und ökonomischen Zusammenarbeit zu kommen, hat wesentlich zum Erfolg der deutschen Aggression beigetragen. Frankreich, als der selbstproklamierten Garantie- und Schutzmacht der Versailler Nachkriegsordnung, war es nicht gelungen, die unterschiedlichen Vorbehalte und die an und für sich wenig bedeutungsvollen bilateralen Streitpunkte zwischen ČSR und Polen abzubauen und eine Periode einer gemeinsam getragenen, konstruktiven Kooperation einzuleiten. Weder die Beschwörung der beiden Staaten vom „deutschen Drang nach Osten“ drohenden Gefahr noch der Hinweis auf die Rückwirkungen des von der konsolidierten UdSSR betriebenen Exports des Kommunismus nach Ostmitteleuropa, weder die in beiden Ländern drängende Lösung verwandter ökonomischer und sozialer Probleme noch die Berufung auf die slawische Solidarität hatten bewirkt, die beiden Nachbarländer zusammenfinden zu lassen. Das seit 1918/19 in beiden Staaten vorhandene, durch mehrere unnötige Zwischenfälle genährte Trauma von der Selbstsucht, der Unzuverlässigkeit und der Perfidie der anderen Nation hat schließlich dazu geführt, daß eine aufrichtige, vorurteilsfreie und für beide Seiten provitable Partnerschaft nicht zustandekam und dadurch Hitlers auf Revision und Expansion hin angelegte Außenpolitik am Ende mit beiden Ländern leichtes Spiel hatte.

³⁹ Neben Beck's eigener Darstellung der Entwicklung in: *Dernier rapport* geben die *Memoiren* des französischen Botschafters in Warschau, Léon Noël, weitere wichtige Aufschlüsse zum Verständnis der polnischen Außenpolitik jener Jahre: *L'Aggression Allemande contre la Pologne. Une ambassade à Varsovie, 1935—1939*. Paris 1946. Zu den außenpolitischen Vorstellungen der polnischen politischen Richtungen jener Jahre siehe auch Faryš: *Koncepcje* 275—390.